



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 22.11.2024 bis 29.11.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afrika: Hilfswerk „Kirche in Not“ legt Bericht über Christenverfolgung vor	3
Aserbaidshjan: Talyschen finden zu Jesus	4
China: 70 Erwachsene empfangen das Sakrament der Firmung	5
Deutschland: Der „Fall Latzel“ und die Meinungsfreiheit	6
Deutschland: Hamburg-Lichterkette fordert Gerechtigkeit für pakistanische Christen	8
Deutschland: Kritik an Kooperation des FC St. Pauli mit der Band „Bad Religion“	9
Deutschland: Lutherische Kirchenmission: „Wir sind ein Sanierungsfall!“	10
Indonesien: Behörden lassen zu, dass sich in der Nähe einer Kirche Müll stapelt	11
Indonesien: Im letzten Jahr 181 Terroristen verhaftet	13
Kongo: Neues Wachstum inmitten des Terrorismus	14
Libanon: Feuerpause zwischen Israel und Hisbollah in Kraft	15
Myanmar: „Ich bitte alle beteiligten Parteien, die Waffen niederzulegen“	16
Pakistan: Proteste ausgesetzt	17
Pakistan: Wie lebt es sich als Christ in Pakistan?	18
Philippinen: Politischer Machtkampf	20
Russland: Gebet für psychisch kranke Menschen	21
Russland: Pastor einer Pfingstkirche und Buddhist wegen Äußerungen gegen den Krieg in Untersuchungshaft	22
Russland: Religionsfreiheit in Gefahr	23
Schweden: Evangelische Allianz kritisiert Einschränkungen der Religionsfreiheit	24
Sudan: Flüchtlingsrat zur Lage	26
Türkei: Gemeinde soll historische Kirche räumen	27
Ukraine: Gebet um ausreichende Versorgung	28
Vereinigte Arabische Emirate: Mord an Rabbiner	29

Afrika: Hilfswerk „Kirche in Not“ legt Bericht über Christenverfolgung vor

„Epizentrum islamistischer Gewalt“ verlagert sich nach Afrika

Fulda (IDEA) – Das „Epizentrum islamistischer Gewalt“ hat sich vom Nahen Osten nach Afrika verlagert. Das erklärte die Geschäftsführende Präsidentin des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“, Regina Lynch, bei einer Pressekonferenz am 21. November in Fulda. Sie stellte dessen alle zwei Jahre erscheinenden Bericht „Verfolgt und vergessen?“ vor. Darin heißt es, dass in Ländern wie Burkina Faso, Mosambik und Nigeria „islamistische Angriffe eine Massenmigration christlicher Gemeinschaften“ auslöse. Diese Entwicklung werfe „Fragen zum langfristigen Überleben der Kirche in afrikanischen Schlüsselregionen auf“. Der katholische Bischof Gerald Mamman Musa aus Katsina im Nordwesten Nigerias berichtete, dass Milizen aus dem Nomadenstamm der Fulani inzwischen eine noch „größere Bedrohung“ darstellten als dschihadistische Gruppen wie Boko Haram. Christen litten „unverhältnismäßig stark“ unter der Gewalt. So seien zwischen 2019 und 2023 über 16.000 Christen getötet worden. Der Bischof wies darauf hin, dass Verfolgung und Gewalt nicht zu einem Rückgang der religiösen Praxis führten. Das Gegenteil sei der Fall: „Die Christen, die getötet wurden, haben ihr Blut nicht vergebens vergossen. Viele Menschen wurden angezogen vom Glauben.“ Der 45-seitige Bericht „[Verfolgt und vergessen?](#)“ enthält Analysen von Christen in 18 Ländern, darunter Zeugenaussagen von Überlebenden antichristlicher Angriffe.

Aserbaidshon: Talyschen finden zu Jesus

(AVC) Die Arbeit unter Talyschen hat uns schon viel Freude bereitet. Wir durften erleben, dass sich Frauen und Männer mit muslimischen Hintergrund Jesus Christus zugewandt haben. Die Evangelisationsarbeit ging von der Gemeinde in Baku aus, die vergangenes Wochenende ihr 25-jähriges Bestehen feiern konnten. Wir danken Gott, dass er uns die Möglichkeit gegeben hat, diese Gemeinde zu gründen.

Die Christen haben aber auch mit Widerständen zu kämpfen. Wie in vielen anderen Ländern ist es für die Konvertiten nicht einfach, innerhalb der eigenen Familie zu ihrem Glauben zu stehen. Die Nachteile und Schikanen die daraus entstehen, sind schwer zu ertragen.

Besonders Frauen stehen unter einem großen Druck. Sie sind diejenigen, die aktiv evangelisieren. Da Leiterschaft in der dortigen Kultur eher Männern übertragen wird, kämpfen sie zusätzlich gegen Vorurteile an.

Wir beten,

- ... dass noch mehr Talyschen zu Jesus finden,
- ... dass sich Männer bekehren, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen,
- ... dass die Gemeinde in Baku weiter vorangeht.

China: 70 Erwachsene empfangen das Sakrament der Firmung

Christkönigssonntag in der Diözese Anhui

Bengbu (Fides) - „Geht mutig den Weg des Glaubens, nehmt eure missionarische Verantwortung wahr, seid mutige Zeugen der Auferstehung Christi“, so der der Diözese Bengbu/Anhui, Joseph Liu Xinhong, in seiner Ansprache an die siebzig Erwachsenen, die am Christkönigsfest das Sakrament der Firmung empfangen. Der Bischof spendete das Sakrament der Firmung persönlich, nachdem er zuvor eine dreitägige geistliche Einkehr für Diözesanpriester geleitet hatte, die vom 19. bis 21. November zum Thema „Synodalität“ stattfand.

Mehr als 300 Gläubige nahmen an der Feier des Christkönigssonntags mit Firmung in der Pfarrei Wuhe teil. In seiner Predigt wandte sich der Bischof mit einer Bitte an alle Anwesenden: „Wie groß die Schwierigkeiten und Prüfungen des Lebens auch sein mögen, seid immer standhaft im Glauben, voller Hoffnung und erfüllt von den sieben Gaben des Heiligen Geistes“.
(NZ) (Fides 25/11/2024)

Deutschland: Der „Fall Latzel“ und die Meinungsfreiheit

Eine Einordnung zum Stand und zu den Folgen des Verfahrens von IDEA-Redaktionsleiter David Wengenroth

(IDEA) Der Fall der Politikerin Päivi Räsänen und des Bischofs Juhana Pohjola aus Finnland beschäftigt auch Christen in Deutschland. Um die Reichweite ihrer Meinungsfreiheit ging es hierzulande zuletzt im Fall des Bremer Pastors Olaf Latzel.

Der „Fall Latzel“ zieht sich. Der Strafprozess gegen den Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, wegen Volksverhetzung ist eingestellt. Aber das Disziplinarverfahren der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) läuft weiter. Der Ball liegt also jetzt im Feld der Kirche – und das ist ihr sichtlich unangenehm. Kein Wunder: Nach der Einstellung des Strafprozesses vor dem Landgericht Bremen demonstrierten queere Aktivist*innen vor dem Landeskirchenamt und forderten Latzels Rauswurf. Lokalpresse und LGBTQ-Lobbyisten stimmten in den Ruf ein. Diese Sorte öffentlicher Aufmerksamkeit mögen evangelische Kirchenleitungen am wenigsten.

Die BEK ließ erklären, bis zu einer Entscheidung im Disziplinarverfahren werde es lange dauern. Der Grund dafür ist wohl nicht der verständliche Versuch, auf Zeit zu spielen, sondern die knifflige kirchenrechtliche Konstellation. Hintergrund: Wenn Latzel im Strafprozess verurteilt oder freigesprochen worden wäre, hätte die Kirchenleitung es mit ihrer Entscheidung relativ einfach gehabt. Dann wäre sie an die Feststellungen des staatlichen Gerichts gebunden gewesen. Bei einer Verurteilung hätte es wahrscheinlich einen Rauswurf gegeben – bei einem Freispruch eine (zähneknirschende) Einstellung des Disziplinarverfahrens, allenfalls garniert mit einer folgenlosen Rüge.

Kirchenleitung in der Zwickmühle

Bei einer Einstellung des Strafprozesses wie im „Fall Latzel“ gibt es aber keine solche Bindungswirkung. Und da in der bundesdeutschen Kirchengeschichte noch nie etwas Vergleichbares vorgekommen ist, gibt es auch keinen Präzedenzfall, an dem sich die Kirchenleitung orientieren könnte. Sie muss ihre Entscheidung selbst austüfteln und dabei sehr verschiedene Faktoren berücksichtigen. Da geht es nicht nur um die streitauslösenden Äußerungen in dem Eheseminar und ihren Kontext. Die Kirchenleitung muss nach den Regeln des Disziplinarverfahrens zum Beispiel auch den Zeitablauf und Latzels Verhalten seitdem berücksichtigen: Der Vorfall ist mittlerweile stolze fünf Jahre her, Latzel hat sich mehrfach entschuldigt und nichts mehr zuschulden kommen lassen. Außerdem könnte man zu dem Schluss kommen, das lange Strafverfahren sei allein schon Strafe genug gewesen.

Mit anderen Worten: Das Disziplinarverfahren könnte mit einer Entscheidung enden, die Bremens quirliger queerer Szene nicht gefallen wird. Dass Latzels Kritiker schon jetzt nicht verstehen, warum das mit dem vermeintlich unausweichlichen Rauswurf so lange dauert, hat die BEK sich nicht zuletzt selbst zuzuschreiben. In der Vergangenheit haben ihre Vertreter oft genug Öl ins Feuer gegossen. Mit markigen Distanzierungen leisteten sie einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung des medialen Zerrbildes vom „homophoben Hetzprediger“, das mit der realen Person Olaf Latzel nichts mehr zu tun hat. Jetzt wäre die Kirche gut beraten, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen: Der Martini-Pastor ist kein Monster im Talar, sondern ein gewöhnlicher konservativer Theologe. Seine Ansicht, dass die Bibel praktizierte Homosexualität ablehnt, ist keine menschenfeindliche Spezialmeinung, sondern die geltende Lehre einer großen Mehrheit der Kirchen weltweit.

Es bleibt ein Restrisiko

Aber auch wenn die Chancen gut stehen, dass das kirchliche Disziplinarverfahren für Latzel glimpflich endet, bleibt ein Restrisiko. Das dürfte er einkalkuliert haben, als er die Einstellung des Strafprozesses vorschlug, statt weiter für einen Freispruch zu kämpfen. Auf den ersten Blick war dieser Schritt für ihn der sprichwörtliche Spatz in der Hand: Er beendete nach fast vier Jahren das juristische Gezerre, und die Geldauflage von 5.000 Euro machte ihn nicht arm. Im Falle einer Verurteilung hätte die Justiz von ihm die aufgelaufenen Gerichtskosten im hohen fünfstelligen Bereich eingetrieben. Doch einen drohenden Großschaden hat Latzel nicht nur von sich selbst, sondern auch von der Meinungsfreiheit abgewendet. Um das zu erklären, muss man ein wenig ausholen: Nach der bisherigen Rechtsprechung war es von Anfang an abwegig, Latzels Aussagen in dem Eheseminar als Volksverhetzung einzuordnen. Wegen der großen Bedeutung der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit waren die Hürden für eine Verurteilung eigentlich zu hoch. Der schlampig begründete Schuldspruch des Amtsgerichts Bremen schien zunächst nur der Ausrutscher einer überforderten Einzelrichterin zu sein. Er wurde vom Landgericht ja auch folgerichtig aufgehoben. Als aber dann das Oberlandesgericht Bremen in der Revisionsverhandlung wiederum den Freispruch des Landgerichts kassierte, mussten bei Latzels erfahrenen Verteidigern die Warnsirenen schrillen.

Schaden für die Meinungsfreiheit

Der Grund: Die Grundsätze der Rechtsprechung sind nicht in Stein gemeißelt. Gerade zurzeit gibt es in der Justiz eine starke Tendenz zulasten der Meinungsfreiheit. Staatsanwaltschaften und Gerichte gehen öfter und rigoroser gegen eigentlich harmlose Meinungsäußerungen vor, die sie vor wenigen Jahren mit einem Schulterzucken abgetan hätten. Ein typischer Fall geht gerade durch die Medien: In der Nähe von Bamberg rückte die Polizei mit einem Durchsuchungsbeschluss bei einem Mann an, weil er eine satirisch verfremdete Schwarzkopf-Werbung mit einem Bild von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und der Unterschrift „Schwachkopf Professional“ geteilt hatte. Auch wenn es in diesem Fall nicht um angebliche Volksverhetzung, sondern vermeintliche Beleidigung geht, ist er exemplarisch: Meinungsfreiheit steht bei deutschen Gerichten aktuell nicht hoch im Kurs.

Drohender Präzedenzfall

Vor diesem Hintergrund war das Revisionsurteil des Oberlandesgerichts im „Fall Latzel“ brisant. Die Bremer Richter verwiesen den Fall mit einer konstruierten Begründung zurück an das Landgericht – und ließen unverhohlen durchblicken, dass sie eine Verurteilung begrüßen würden. In dem erneuten Berufungsprozess war die Gefahr eines Schuldspruchs also groß. Der wäre in einer erneuten Revision bestätigt worden – und Urteile von Oberlandesgerichten haben für die Entwicklung der Rechtsprechung erhebliches Gewicht. Mit anderen Worten: Das Verfahren drohte zu einem Präzedenzfall mit unabsehbaren Folgen zu werden. Staatsanwälte und Amtsrichter in ganz Deutschland hätten es bald in den gängigen Kommentaren zum Strafgesetzbuch nachlesen können: Eine theologisch konservative Sicht auf Homosexualität kann den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen.

Dann wären auch in Deutschland Prozesse möglich geworden, wie ihn die frühere finnische Innenministerin Päivi Räsänen und Bischof Juhana Pohjola derzeit erleben. Dort argumentiert die Staatsanwaltschaft ganz offen, dass es den Tatbestand der „Hassrede“ erfüllt, ein bestimmtes sexuelles Verhalten als Sünde zu bezeichnen. Wenn sich diese Rechtsansicht auch in Deutschland durchsetzen würde, stünden viele evangelikale Theologen, Prediger und Autoren ständig mit einem Bein im Gerichtssaal. Kurz: Durch seine Zustimmung zur Einstellung des Strafprozesses hat Latzel auch der Meinungsfreiheit einen Dienst erwiesen.

Respektvoll Meinung äußern

Nach der letzten Verhandlung vor dem Bremer Landgericht wies Latzels Verteidiger Sascha Böttner darauf hin, dass Christen in unserem Land durchaus die Freiheit haben, auch unbequeme Meinungen auszusprechen. Entscheidend sei die „Darreichungsform“. Bisher sind der „Fall Latzel“ und der „Fall Räsänen und Pohjola“ noch Einzelfälle. Wenn wir Christen das, was wir zu sagen haben, liebevoll und mit Respekt für alle Mitmenschen sagen, leisten wir einen Beitrag dazu, dass das so bleibt.

Deutschland: Hamburg-Lichterkette fordert Gerechtigkeit für pakistanische Christen

IGFM protestierte gegen Christenverfolgung weltweit

Hamburg (IDEA) – Mit einer Lichterkette hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Hamburg gegen die weltweite Christenverfolgung protestiert. Im Mittelpunkt standen Schicksale pakistanischer Christen. An der Veranstaltung nahmen bei Schneefall und kalten Temperaturen über 50 Personen teil. Der Geschäftsführer des Vereins „Gemeinsam für Hamburg“, Detlef Pieper, erinnerte in einer Ansprache daran, dass der [Katholik Anwar Kenneth](#) aus der Provinz Punjab wegen angeblicher Gotteslästerung seit über 20 Jahren in der Todeszelle sitzt. Er hatte in Briefen an örtliche Geistliche islamischen Glaubenssätzen widersprochen. Pieper bezeichnete den Umgang mit Kenneth als „menschenverachtend und absolut inakzeptabel“. Er sei lediglich für seinen christlichen Glauben eingetreten. Es dürfe nicht hingegenommen werden, dass Religionsfreiheit in Pakistan nur für radikale Muslime gelte.

Entführt und vergewaltigt: Maira Shahbaz

Der frühere Hamburger FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen rief in seiner Rede das Schicksal der pakistanischen [Christin Maira Shahbaz](#) in Erinnerung. Die minderjährige Katholikin war im April 2020 von einem 44-jährigen Muslim entführt, zum Islam zwangskonvertiert und mit dem Entführer zwangsverheiratet worden. Ihr gelang die Flucht, aber sie muss im Untergrund leben, weil sie vom obersten Gericht der Provinz Punjab unter Berufung auf die Scharia ihrem Entführer und Vergewaltiger zugesprochen wurde. Dieses Gerichtsurteil sei ein großes Unrecht und ein grober Verstoß gegen das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung, sagte Müller-Sönksen. So wie Maira Shahbaz ergehe es vielen christlichen Mädchen in Pakistan. Der Politiker rief Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) auf, sich konsequent für diese Mädchen einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass der pakistanische Staat ihre Entführer und Vergewaltiger nicht straffrei davonkommen lasse.

Vorderasien: Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen

Der syrisch-orthodoxe Diakon Evgin Can kritisierte als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Hamburg das Schweigen westlicher Staaten zur millionenfachen Vertreibung von Christen aus Vorderasien. In der Türkei und im Irak seien sie nur noch eine kleine Minderheit. Auch die Vertreibung von 120.000 [Christen aus Bergkarabach](#) nach Armenien habe der Westen 2023 hingegenommen. „Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen scheinen kein Problem zu sein, wenn sie an christlichen Minderheiten in der islamischen Welt begangen werden“, so Can.

Nigeria: Systematische Straflosigkeit für Morde an Christen

Die IGFM-Referentin für Religionsfreiheit, Michaela Koller (Frankfurt/Main), sagte in ihrer Rede, in vielen Ländern gebe es eine „systematische Straflosigkeit schwerer Menschenrechtsverletzungen, die an christlichen Bevölkerungsgruppen verübt werden“. Als Beispiel nannte sie die [Lage in Nigeria](#). Dort seien Christen unter anderem den Angriffen der radikalislamischen Terrororganisationen „Boko Haram“ und „Islamischer Staat“ ausgesetzt. Seit 2015 seien über 30.000 Christen solchen Attacken zum Opfer gefallen. Die nigerianischen Sicherheitskräfte schauten bei diesen Gewalttaten regelmäßig weg.

Klimke: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke sagte in seiner Ansprache: „Toleranz und Weltoffenheit einer Hafenstadt und Hansestadt wie Hamburg sind nur glaubwürdig, wenn das keine Einbahnstraße ist, sondern den Christen als Minderheit in anderen Ländern genauso zugute kommt, wie wir es hier bei uns ebenso den Menschen aus anderen Ländern und Kulturen gewähren.“

Deutschland: Kritik an Kooperation des FC St. Pauli mit der Band „Bad Religion“

Ihr Logo ist ein durchgestrichenes Kreuz – Ex-Pauli-Spieler: Das ist gegen meinen Glauben

Hamburg (IDEA) – Auf Kritik gestoßen ist eine Kooperation des Fußball-Bundesligisten FC St. Pauli mit der US-Punkband „Bad Religion“ (Schlechte Religion). Der Klub hat in seinem Internetshop ein T-Shirt beworben, dessen Rückseite die Aufschrift „Victory through Domination“ (Sieg durch Dominanz) und ein durchgestrichenes Kreuz trägt, das Logo der Band. Der Fanartikel ist laut Verein inzwischen ausverkauft. Der ehemalige deutsch-portugiesische St. Pauli-Spieler Eric da Silva Moreira (jetzt Nottingham Forest) schrieb auf Instagram: Das Logo der Band sei nicht nur kontrovers und spreche nicht nur gegen seinen persönlichen Glauben, sondern auch gegen die Werte, „die der Verein (meiner Meinung nach) versucht zu vermitteln“. Der 18-Jährige beklagt ferner einen Missbrauch des christlichen Symbols. Der deutsche Jugendnationalspieler kickte neun Jahre für St. Pauli.

„Gegen alle Religionen und Autoritäten“

Der Verein, der auch mit einem Totenkopf-Logo für sich wirbt, verteidigte die Zusammenarbeit mit der Punkband. Die Geschichte des Vereins sei seit den 1980er Jahren untrennbar mit der Punk-Bewegung verbunden. Der Name der Band richte sich „gegen alle Religionen und Autoritäten. Das ist der Kern der Punk-Bewegung. Die Band hat dafür stellvertretend das christliche Symbol genommen, weil das Christentum die dominierende Religion in den USA ist“, so der Verein. Der FC St. Pauli steht derzeit auf Platz 16 der Bundesligatabelle.

Deutschland: Lutherische Kirchenmission: „Wir sind ein Sanierungsfall!“

Auch eine Schließung ihres Standorts in Bleckmar steht im Raum

Bleckmar (IDEA) – Das Missionswerk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) steckt in finanziellen Nöten. Wie aus dem digitalen Rundbrief der SELK hervorgeht, verzeichnet die Lutherische Kirchenmission (LKM/Bleckmarer Mission) mit Sitz in Bleckmar (Landkreis Celle) ein Finanzloch von über 175.000 Euro im laufenden Haushaltsjahr. Der Rechnungsführer der LKM, Ulrich Schroeder (Dresden), berichtete, dass die Spenden eingebrochen seien, weil Gemeinden und auch Einzelspender ihre finanzielle Unterstützung teils stark reduziert hätten. Auch die Gebäude des Werkes in Bleckmar seien teils erheblich sanierungsbedürftig. „Wir sind ein Sanierungsfall!“ Der kürzlich neu gewählte Missionsdirektor, Pfarrer Edmund Hohls (Berlin), brachte auch die Schließung des Missionshauses in Bleckmar ins Gespräch: „Gegenwärtig wissen wir nicht, wie wir nur die nötigsten Sanierungen durchführen können. Wir überlegen, ob wir den Standort in Bleckmar aufgeben müssen.“ Eine noch zu gründende Arbeitsgruppe soll sich mit Vorschlägen beschäftigen, wie die LKM strukturell und finanziell neu aufgestellt werden kann. Dennoch sollen die 25 Projekte, an denen das Werk aktuell beteiligt ist, fortgesetzt werden. Der scheidende Missionsdirektor Roger Zieger (Berlin) bat in diesem Zusammenhang die Gemeinden der SELK und darüber hinaus um Spenden und um Unterstützung durch Gebet. Die LKM wurde 1892 von der Hannoverschen Evangelisch-Lutherischen Freikirche gegründet, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit anderen bekennislutherischen Kirchen zusammenschloss, die sich wiederum 1972 zur SELK vereinigten. Sie hat heute rund 32.000 Mitglieder.

Indonesien: Behörden lassen zu, dass sich in der Nähe einer Kirche Müll stapelt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/28.11.24 - Der unhygienische und übelriechende Müll – in Säcken, aus denen er herausquillt, oder ohne Säcke – in der Stadt Yogyakarta, der Hauptstadt der Sonderregion Yogyakarta in der Provinz Zentral-Java, der seit zwei Jahren nicht mehr abgeholt wurde, wird für die Mitglieder der katholischen Kirche St. Antonius Padua und die Bewohner des nahe gelegenen Jesuiten-Campus der katholischen Universität Sanata Dharma immer ungesünder.

„Das Müllproblem besteht schon seit langem, seit den 1980er Jahren, und verursacht während der Regenzeit einen beunruhigenden Gestank, wenn sich der Müll mit dem Regenwasser vermischt und zu Schlamm wird“, sagte Gemeindemitglied Susi Sasmita telefonisch gegenüber Morning Star News. „Diese Situation hat sich in den letzten Jahren verschlimmert und ist für die Gemeinde sehr beunruhigend. Stellen Sie sich vor, so etwas würde in einer Moschee passieren – die Situation könnte chaotisch werden.“

Sie bedauert, dass Christen dazu neigen, willkürliche und diskriminierende Behandlung zu akzeptieren.

„Wir haben es ohne Protest hingenommen – und das Ergebnis ist, dass es noch schlimmer wird“, sagte Susi. „Die Kirchgänger stören sich nicht nur an dem beißenden Geruch des Mülls, sondern haben auch Schwierigkeiten, ihre Fahrzeuge auf dem 75 bis 80 Meter langen Straßenabschnitt zu parken.“

Ein Priester und Dozent an der Katholischen Universität, Rev. Andalus Mutiara, veranstaltete am 24. Oktober eine Protestaktion, die in einem weit verbreiteten Video festgehalten wurde. In einer kreuzähnlichen Position auf einem großen Müllhaufen neben dem Campus liegend, appellierte er an die Behörden, sich mit kritischen Fragen der Abfallwirtschaft zu befassen.

„Wir wollen keine Normalisierung von Müll, geschweige denn eine Müllkultur“, sagte Andalus. „Das Müll-Golgotha ist ein prophetischer Aufruf der katholischen Kirche, die möchte, dass wir weder Gott im Müll noch die gesamte Schöpfung in dem von uns produzierten Müll kreuzigen.“

Als scheinbare Reaktion darauf berichtete die Regierung der Region Yogyakarta auf ihrer Website (jogjaprov.go.id), dass der Umweltminister/Leiter der indonesischen Umweltkontrollbehörde, Hanif Faisol Nurofiq, am 18. November eine unangekündigte Inspektion der städtischen Mülldeponie durchgeführt habe.

„Wir fordern den Gouverneur und den Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft auf, unverzüglich Müllhalden in flussaufwärts gelegenen Einheiten zu errichten und dann die Zahl der Umwelterzieher zu erhöhen, um die Öffentlichkeit über die Mülltrennung und -auswahl aufzuklären“, erklärte Hanif. „Dies ist der einzige vorübergehende Schritt, der unternommen werden sollte, während man darauf wartet, dass die lokale Regierung die endgültige Technologie vorbereitet.“

Der Gouverneur der Region Yogyakarta, Sultan Hamengku Buwono X, bat den Bürgermeister und Regionalsekretär von Yogyakarta am nächsten Tag, Minister Hanif zu schreiben oder ihn zu treffen und ihm den Zustand der Mülldeponie in seinem Zuständigkeitsbereich zu erklären, wie es auf jogjaprov.go.id heißt.

Laut Joshua Project machen Muslime 83,3 Prozent der indonesischen Bevölkerung aus, während sich 11,43 Prozent als Christen identifizieren, wobei die evangelische Bevölkerung auf 3,23 Prozent geschätzt wird.

Gottesdienst gestört

In der Provinz Ost-Java sahen sich Mitglieder einer katholischen Kirche in Surabaya am 20. November einer Bedrohung anderer Art ausgesetzt.

Eine junge Frau mit Kopftuch und Messer tauchte um 5:30 Uhr in der St. Stephen's Catholic Church auf, als die Messe beginnen sollte, und störte die Gemeindemitglieder, indem sie ständig unzusammenhängend plapperte, wie in einem von Holopis.com veröffentlichten Video zu sehen ist.

Zwei Frauen, die neben ihr saßen, bewachten sie, um zu verhindern, dass sie den Gottesdienst noch mehr störte. Irgendwann erbrach sich die Besucherin.

Die Mitglieder der Gemeinde baten später den örtlichen Vorsitzenden des Nachbarschafts- und des Einwohnerversams, den Vorfall zu untersuchen, und übergaben die Frau der örtlichen Polizei. Der Polizeichef von Lakarsantri, M. Akhyar, teilte detik.com mit, dass die Frau an einer psychischen Störung leide.

Der Vorfall ereignete sich zwei Wochen vor den Kommunalwahlen, bei denen die Posten der Gouverneure, Regenten und Bürgermeister der Gemeinden neu besetzt wurden. Es ist bekannt, dass Interessengruppen zu solchen Zeiten Gottesdienste stören oder Christen angreifen, um soziale Unruhen zu schüren, sagte Agustinus Marsup, ein Aktivist und Dozent, gegenüber Morning Star News.

Indonesien rangiert auf Platz 42 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, auf der Weltbeobachtungsliste 2024 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors. Die indonesische Gesellschaft hat einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die sich in der Evangelisation engagieren, laufen Gefahr, ins Visier islamischer Extremistengruppen zu geraten, so der WWL-Bericht.

<https://morningstarnews.org/2024/11/authorities-allow-garbage-to-pile-up-near-church-in-indonesia/>

Indonesien: Im letzten Jahr 181 Terroristen verhaftet

International Christian Concern - Im vergangenen Jahr haben die indonesischen Behörden 181 mutmaßliche Terroristen verhaftet, sagte der Chef der Nationalen Polizei, General Listyo Sigit Prabowo, während der 79. Erntedankveranstaltung des Brimob-Korps am 14. November in Mako Brimob Kelapa Dua, Depok.

Die Verhaftungen seien dank der Zusammenarbeit zwischen dem Brimob-Korps und dem Anti-Terrorismus-Sonderkommando 88 (Densus 88) der Nationalpolizei erfolgreich gewesen, sagte er. Prabowo fügte hinzu, dass die Rolle des Brimob-Korps von wesentlicher Bedeutung sei.

„Natürlich ist es die Aufgabe des Brimob-Korps, immer präsent zu sein, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten“, sagte er.

Prabowo erinnerte daran, dass Präsident Prabowo Subianto die Nationale Polizei angewiesen habe, frühzeitig Maßnahmen zur Aufdeckung von Terrordrohungen in Indonesien zu ergreifen. Prabowo ermutigte zu weiteren Präventivmaßnahmen, sagte aber auch, dass aufgrund ausreichender Beweise gehandelt werden müsse.

Der Präsident hat angeordnet, dass es keine Explosionen geben darf, egal wie klein sie sind, oder das, was wir üblicherweise „Zero Crime“ nennen“, sagte Prabowo. „Wir haben also keine andere Wahl, als Präventivmaßnahmen zu ergreifen und die Ereignisse mit genügend Anhaltspunkten zuerst zu sichern.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Kongo: Neues Wachstum inmitten des Terrorismus

In den Regenwäldern des Kongo (DRK) liegen Hunderte von verlassenen Häusern und ganze Dörfer, deren ehemalige Bewohner zur Flucht gezwungen wurden. Der Grund dafür sind die Angriffe der mehr als 100 bewaffneten militanten Gruppen, die die Region seit Jahrzehnten terrorisieren.

Nominell ist die Demokratische Republik Kongo überwiegend christlich geprägt, doch der Einfluss des Islams wächst, und einige der militanten Gruppen sind islamisch. Eine dieser Gruppen ist die Allied Democratic Forces (ADF), die im Nordosten des Kongo aktiv ist. Die ADF hat offen ihre Absicht bekundet, das Christentum auszurotten und in der gesamten Region islamisches Recht einzuführen. Doch christliche Führer antworten darauf, dass die junge Bevölkerung des Landes mit einem Durchschnittsalter von etwa 16 Jahren ein fruchtbarer Boden für die Verbreitung des Evangeliums ist. In einem Bergdorf, in dem militante ADF-Kämpfer Dutzende von Häusern in Brand setzten, eine Schule, eine Kirche und ein Krankenhaus zerstörten und 182 Menschen ermordeten, kehren die Dorfbewohner, die Jahre zuvor geflohen waren, nun zurück, um ihr Leben wieder aufzubauen. Sie haben das Kirchengebäude wieder aufgebaut, in dem Mitarbeiter Bibeln verteilten und sich um die geistlichen und emotionalen Bedürfnisse der Dorfbewohner kümmerten. Beamte kommentierten, was für einen Unterschied die Christen gemacht haben, weil sie es verstanden haben, ihren Feinden zu vergeben.

Voice of the Martyrs

Bridgeway Publications vom 15. November 2024/ WORLDNEWS 312 / übersetzt und bearbeitet AKREF

Libanon: Feuerpause zwischen Israel und Hisbollah in Kraft

Zwischen Israel und der Hisbollah beginnt eine Feuerpause. Bis kurz davor gibt es Angriffe gegen Terrorziele im Libanon und gegen israelische Städte.

(Von Israelnetz/ 27. November 2024) **Binnen 60 Tagen sollen die israelischen Truppen aus dem Libanon abziehen**

JERUSALEM / BEIRUT (inn) – Nach mehr als 13 Monaten Krieg haben sich Israel und die Hisbollah-Miliz im Libanon auf eine Feuerpause geeinigt. Sie trat am Mittwochmorgen um 4 Uhr Ortszeit in Kraft. Bis kurz davor gab es Beschuss von beiden Seiten, wie die Onlinezeitung „Times of Israel“ berichtet.

Am 8. Oktober 2023, einen Tag nach dem Terrormassaker der Hamas, hatte die Hisbollah begonnen, fast täglich Raketen auf Nordisrael abzufeuern. Etwa 60.000 Israelis wurden evakuiert. Die Feuerpause bewilligte das israelische Sicherheitskabinett am Dienstagabend mit 10 zu 1 Stimmen.

Die Hisbollah war offenbar noch unschlüssig. Am Dienstag sagte der stellvertretende Vorsitzende des politischen Rates der Terrorvereinigung, Mahmud Qamati, dem katarischen Sender „Al-Dschasira“: „Wenn wir die Vereinbarung überprüft haben, die von der Feindesregierung unterzeichnet wurde, werden wir sehen, ob es eine Übereinstimmung mit dem gibt, was wir erklärt haben und dem libanesischen Vertreter zugestimmt haben.“ Die Hisbollah wolle natürlich ein Ende der Aggression – aber nicht auf Kosten der Souveränität des libanesischen Staates.

Vor Feuerpause: Terrorziele beschossen

Am Dienstag beschoss die israelische Luftwaffe noch einmal Terrorinfrastruktur im Raum Beirut. Armeenangaben zufolge wurden binnen zwei Minuten 20 Ziele in südlichen Vororten der libanesischen Hauptstadt getroffen. Zivilisten seien vorher aufgefordert worden, die Häuser zu verlassen. Sieben der bombardierten Gebäude dienten demnach der Hisbollah zur Verwaltung und Lagerung von Finanzmitteln.

Die Hisbollah feuerte erneut zahlreiche Raketen auf Israel ab. Alarm ertönte im Norden und im Zentrum des Landes. Bei den Angriffen wurde niemand verletzt.

Angriffe an der libanesisch-syrischen Grenze

Der Rote Halbmond in Syrien wiederum teilte mit, bei israelischen Angriffen an der libanesisch-syrischen Grenze seien ein freiwilliger Helfer getötet und ein weiterer verwundet worden. Israel versucht mit solchen Angriffen, Waffenlieferungen der Hisbollah in den Libanon zu unterbinden.

Das US-Zentralkommando verübte am Dienstagabend einen Luftschlag in Syrien. Dieser habe „einer Lagerstätte von Waffen von einer mit dem Iran verbundenen Miliz“ gegolten. Es handele sich um eine Antwort auf Angriffe gegen US-Truppen in dem Gebiet am Vortag.

Myanmar: "Ich bitte alle beteiligten Parteien, die Waffen niederzulegen"

Papst appelliert an Konfliktparteien

Vatikanstadt (Fides) - „Ich appelliere von Herzen an alle beteiligten Parteien, die Waffen niederzulegen und einen aufrichtigen und umfassenden Dialog aufzunehmen, der einen dauerhaften Frieden gewährleisten kann“, so Papst Franziskus am Ende des Angelusgebets mit den auf dem Petersplatz versammelten Pilgern und Gläubigen mit Blick auf den andauernden Bürgerkrieg in Myanmar.

Der Papst erinnerte daran, dass morgen, am 25. November, in Myanmar der Nationalfeiertag begangen wird, in Erinnerung an den ersten Studentenprotest im Jahr 1920, „der das Land auf den Weg in die Unabhängigkeit und im Hinblick auf eine friedliche und demokratische Zeit, die bis heute um ihre Verwirklichung ringt“.

Er spreche der gesamten Bevölkerung Myanmars sein Mitgefühl aus, „insbesondere denen, die unter den anhaltenden Kämpfen leiden, vor allem mit den Schwächsten: Kinder, ältere Menschen, Kranke, Flüchtlinge, einschließlich der Rohingya“, so die Worte des Papstes. „Ich appelliere von Herzen an alle beteiligten Parteien, ihre Waffen niederzulegen und einen aufrichtigen und umfassenden Dialog aufzunehmen, der einen dauerhaften Frieden gewährleisten kann.“

Vor dem Segen kommentierte der Papst das Tagesevangelium (vgl. Joh 18,33-37), d.h. den Abschnitt „Jesus vor Pilatus“, und analysierte das Gespräch, das zwischen den beiden stattfand, wobei er insbesondere auf zwei Worte einging, die sich „verwandeln und eine neue Bedeutung erhalten“, nämlich das Wort „Königtum“ und das Wort „Welt“.

Pilatus wolle verstehen, „ob der Mann, der vor ihm steht, eine Bedrohung darstellt“. Jesus, so der Papst, „erhebt den Anspruch, König zu sein, aber auf eine ganz andere Weise! Jesus ist insofern König, als er Zeuge: Er ist derjenige, der für die Wahrheit Zeugnis ablegt. Das Königtum Jesu, des fleischgewordenen Wortes, liegt in seinem wahren und wirksamen Wort, das die Welt verwandelt“.

Aber die „Welt“ des Pilatus, so der Bischof von Rom weiter, „ist eine Welt, in der die Starken über die Schwachen, die Reichen über die Armen, die Gewalttätigen über die Sanftmütigen triumphieren. Eine Welt, die wir leider gut kennen“. Im Gegenteil, die Welt, deren König Jesus ist, „erlöst die vom Bösen verwüstete Schöpfung mit der Kraft der göttlichen Liebe, die befreit und vergibt, die Frieden und Gerechtigkeit schenkt“.

„Versuchen wir, uns zu fragen: Kann ich sagen, dass Jesus mein ‚König‘ ist? In welchem Sinne? Ist sein Wort mein Wegweiser, meine Gewissheit? Sehe ich in ihm das barmherzige Gesicht Gottes, der immer vergibt? Beten wir gemeinsam zu Maria, der Magd des Herrn, und erwarten wir voller Hoffnung das Reich Gottes“, so Papst Franziskus abschließend. (F.B.) (Fides 24/11/2024)

Pakistan: Proteste ausgesetzt

Lage in Islamabad bleibt angespannt

Islamabad (Fides) - „Es scheint Ruhe eingekehrt zu sein, die Proteste der Anhänger von Imran Khan wurden ausgesetzt, aber Angst und Spannung sind immer noch unter den Menschen in Islamabad zu spüren. Es ist wie ein Feuer, das unter der Asche schwelt. Man muss vor allem an die einfachen Menschen denken, die ohnehin schon mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben und ums Überleben kämpfen. Die Protestwelle und die Abriegelungen verschärfen diese Schwierigkeiten noch. In der Stadt hat sich die Lage noch nicht völlig normalisiert, es herrscht immer noch Angst und die Polizei ist im Einsatz, während die Schulen auch heute noch geschlossen sind“, so der Generalvikar der Diözese Islamabad-Rawalpindi und Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Pakistan, Pfarrer Asif John Khokhar, gegenüber der Fides.

Der Priester erinnert daran, dass angesichts der massiven Volksdemonstrationen, die mehrere Tage andauerten, „wir letzten Sonntag mit einer gewissen Bitterkeit das Christkönigsfest in Islamabad nicht wie gewohnt feiern konnten: Die Stadt war abgeriegelt, die Straßen waren blockiert, das Internet war ausgefallen, Schulen waren geschlossen. Die Menschen konnten ihre Häuser nicht mehr verlassen“. „Das Christkönigsfest ist ein sehr wichtiges Fest für unsere katholische Gemeinde“, so der Geistliche weiter, „und wir mussten es leider ohne Gläubige in der Kirche feiern. Diese Situation wirkte sich also auch auf das Gemeindeleben aus. Wir hoffen nun, dass wir den ersten Adventssonntag in aller Ruhe feiern können. Die katholische Gemeinschaft in Pakistan wird für das Gemeinwohl des Landes beten“.

Die pakistanische Polizei gab bekannt, dass sie nach einem Marsch auf die Hauptstadt Islamabad, bei dem Demonstranten und Aktivisten der Partei „Pakistan Tehreek-e-Insaf“ (PTI) die Freilassung des ehemaligen Premierministers Imran Khan forderten, der seit August letzten Jahres im Gefängnis sitzt, während der dreitägigen Proteste rund tausend Personen festgenommen hat. Die Demonstrierenden wurde in einem Großeinsatz der Sicherheitskräfte, die Tränengas und Schlagstöcke einsetzten, aus dem Stadtzentrum vertrieben.

Der 72-jährige Imran Khan, der 2022 durch ein Misstrauensvotum abgesetzt wurde, behauptet, Opfer einer Verschwörung zu sein, die ihn von seiner politischen Tätigkeit abhalten soll, und weist alle Anschuldigungen zurück. Seit Februar letzten Jahres, nach Wahlen, die von Unregelmäßigkeiten geprägt waren, hat die Partei „Pakistan Tehreek-e-Insaf“ (PTI) eine Reihe von Demonstrationen gegen die aktuelle Regierung veranstaltet. An der Demonstration am 26. November in Islamabad nahmen mehr als zehntausend Demonstranten teil, die sich trotz einer massiven Präsenz von rund 20.000 Polizisten der Abriegelung und dem Verbot von Kundgebungen widersetzen. Ali Nasir Rizvi, der Chefinspektor der Polizei von Islamabad, bestätigte, dass zwischen Sonntag und Dienstag insgesamt 954 Demonstranten festgenommen wurden, während ein Polizist getötet wurde. Aktivisten der PTI teilten über die sozialen Medien mit, dass der Protest „bis auf Weiteres“ ausgesetzt sei. Der pakistanische Premierminister Shehbaz Sharif sprach von „Extremismus“, während die PTI die „Brutalität der Unterdrückung“ beklagt.

Unterdessen mehren sich die Aufrufe zum Dialog, sowohl von Organisationen der Zivilgesellschaft als auch von politischen und religiösen Führern: „Das Land braucht Frieden und Stabilität“, betont Pfarrer Asif John Khokhar, „es gibt viele Familien, die Opfer der Wirtschaftskrise sind und in Armut leben. In diesen Fragen wäre es wichtig, dass alle Politiker in einen Dialog treten und die Gesetzgeber geeignete Entscheidungen treffen, um den Bedürfnissen der Ärmsten gerecht zu werden. Der Weg des Dialogs ist immer der richtige Weg“.

(PA) (Fides 28/11/2024)

Pakistan: Wie lebt es sich als Christ in Pakistan?

Das „Blasphemie“-Gesetz, Zwangskonvertierungen, Soziale und wirtschaftliche Marginalisierung sowie Gewalt und Unsicherheit in Pakistan machen den Christen zu Schaffen

IIRF-D/BA/Tübingen/28.11.24 - Christen machen zwischen 2 und 3 % der Bevölkerung Pakistans aus. In diesem Artikel skizzieren wir vier große Herausforderungen, mit denen Christen in Pakistan konfrontiert sind, und wie der Barnabas Fund auf ihre Bedürfnisse eingeht.

Das „Blasphemie“-Gesetz in Pakistan

Viele Christen und andere religiöse Minderheiten sowie Muslime sind mit den berüchtigten pakistanischen „Blasphemie“-Gesetzen in Konflikt geraten. Nach Abschnitt 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches, der sich auf die Verunglimpfung des Namens Mohammeds, des Propheten des Islam, bezieht, wird ein obligatorisches Todesurteil verhängt (obwohl dieses Urteil noch nie vollstreckt wurde). Im Januar 2023 wurden die „Blasphemie“-Gesetze sogar noch verschärft, indem die Strafe für die Beleidigung der Familie Mohammeds von 3 auf 10 Jahre Gefängnis erhöht wurde.

Die „Blasphemie“-Gesetze werden oft dazu benutzt, falsche Anschuldigungen zu erheben, um persönliche Ressentiments zu befriedigen. Christen sind besonders gefährdet, da allein schon das Äußern einiger ihrer Überzeugungen als „Blasphemie“ ausgelegt werden kann und die unteren Gerichte in der Regel die Aussagen von Muslimen bevorzugen, in Übereinstimmung mit der Scharia (islamisches Recht). Solche Anschuldigungen können oft zu Gewalt durch den Mob führen. Im August 2023 hetzte die angebliche Entdeckung entweihter Koranseiten einen Mob auf, der durch das [christliche Viertel der Stadt Jaranwala](#) zog. Sie brannten mindestens 24 Kirchengebäude und mehrere Dutzende kleinere Kapellen nieder und griffen die Häuser von mehr als 100 Gläubigen an.

Höhere Gerichte heben manchmal die Verurteilungen niedrigerer Gerichte auf. Die Brüder Umar (Rocky) und Umair (Raja) Saleem, beide Christen, wurden im Februar 2024 von den „Blasphemie“-Vorwürfen freigesprochen, die die Unruhen in Jaranwala ausgelöst hatten, nachdem sich herausstellte, dass sie von zwei muslimischen Männern, die ihnen grollten, fälschlicherweise beschuldigt worden waren. Diejenigen, die der „Blasphemie“ beschuldigt werden, leiden stattdessen oft unter außergerichtlicher Gewalt – so wurde beispielsweise ein christlicher Mann in seinen Siebzigern im Mai 2024 in der Stadt Sargodha von einem Mob von Extremisten geschlagen und gesteinigt, nachdem ihm unbegründet vorgeworfen worden war, einen Koran entweiht zu haben. Er [starb später an seinen Verletzungen](#).

Entführungen und Zwangskonvertierungen richten sich gegen christliche Frauen und Mädchen

Christliche Mädchen und junge Frauen sind gefährdet, von muslimischen Männern entführt und gezwungen zu werden, ihre Entführer zu heiraten und zum Islam zu konvertieren. Diese „Konvertierungen“ werden oft durch Gewaltandrohung gegen die Opfer und ihre Familien erzwungen, aber die Behörden greifen selten ein.

Unter den zahlreichen Fällen von Gewalt gegen Frauen verurteilte das Islamabad Sessions Court im September 2023 Muhammad Shahzad wegen [Mordes an Sonia Bibi](#) zu 25 Jahren Haft (nach dem pakistanischen Strafgesetzbuch gilt dies als lebenslange Haftstrafe). Sonia starb im November 2020, nachdem sie von Shahzad auf einer Straße in Islamabad erschossen worden war, weil sie seinen hartnäckigen Heiratsantrag abgelehnt hatte.

Christliche Frauen und Mädchen in Pakistan sind gefährdet, entführt und dann gezwungen zu werden, zum Islam zu konvertieren und muslimische Männer zu heiraten.

Die 19-jährige Sunita Munawar wurde [mit schweren Verbrennungen](#) ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem ein muslimischer Mann, Kamran Allah Bux, im Februar 2023 Säure auf sie geschüttet hatte, als sie in Karatschi aus einem Bus stieg. Bux gab seine Tat zu und sagte, er habe Sunita mit Säure übergossen, weil sie seinen Vorschlag, zum Islam zu konvertieren und ihn zu heiraten, abgelehnt habe. Frühere Anzeigen von Sunitas Familie wegen Bux' unerwünschter Annäherungsversuche bei der Polizei waren ignoriert worden.

Soziale und wirtschaftliche Marginalisierung von Christen in Pakistan

Die Diskriminierung von Christen und anderen Minderheiten führt zu anhaltender extremer Armut. Die meisten Christen arbeiten in schlecht bezahlten, schmutzigen und gefährlichen Jobs wie in der Kanalisation, als Straßenkehrer oder Latrinenreiniger. Christen in Pakistan werden weiterhin als „Chura“ (ein beleidigender Begriff, der mittlerweile „schmutzig“ bedeutet) angesehen, da Reinigungsarbeiten für Muslime als unrein gelten. Das Wort „Chura“ leitet sich vom Namen der Gruppe der niedrigen Kasten ab, von der die meisten Christen in Pakistan abstammen.

Christen machen derzeit 90 % der Sanitärarbeiter in Faisalabad aus, wo die Cousins Asif Masih (25) und Shan Masih (28) [im März 2024](#) erstickten, nachdem sie beim Versuch, eine Verstopfung im Abwasserkanal der Stadt zu beseitigen, giftige Gase eingeatmet hatten. Sie wurden angewiesen, in den Abwasserkanal zu steigen, ohne die empfohlene Schutzausrüstung zu erhalten.

Tausende Christen sind als schlecht bezahlte Arbeiter in pakistanischen Ziegeleien beschäftigt. Bei einem Notfall oder einer Krankheit bleibt ihnen nichts anderes übrig, als einen Kredit beim Eigentümer der Ziegelei aufzunehmen. Diese Schulden binden sie dann an die Ziegelei, bis die Schulden beglichen sind. Sie können ihre Schulden nicht abbezahlen, da ein Teil ihres Lohns für die Zahlung der Zinsen abgezogen wird. Die Schulden werden häufig an die nächste Generation weitergegeben.

Gewalt und Unsicherheit in Pakistan

Pakistan ist ein Land, das von Sicherheitsbedenken geplagt wird, da terroristische Gruppen aktiv sind, insbesondere an den Grenzen zu Iran und Afghanistan. Das Leben ist für Christen in diesen Grenzregionen besonders prekär.

Die Spannungen zwischen Pakistan und Afghanistan eskalieren seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Jahr 2021. Pakistan behauptet, dass eine Fraktion der Taliban, die pakistanischen Taliban oder Tehrik-e Taliban (TTP), in Afghanistan Unterschlupf findet. Die TTP strebt an, die derzeitige Regierung Pakistans durch eine Regierung zu ersetzen, die sich stärker an der Scharia orientiert. Trotz wiederholter pakistanischer Luftangriffe auf die mutmaßlichen Verstecke der TTP in Afghanistan und anhaltenden diplomatischen Drucks haben die Taliban keine Maßnahmen ergriffen, um die Gruppe einzudämmen, wie Islamabad es beharrlich gefordert hat.

Eine weitere Bedrohung für die Sicherheit geht von einer bewaffneten Separatistengruppe aus, der Baloch Liberation Army (BLA). Belutschistan im Südwesten ist die größte der vier Provinzen Pakistans, aber die am dünnsten besiedelte und ärmste Provinz des Landes. Im August 2024 bekannte sich die BLA zu einer Reihe von Anschlägen in ganz Belutschistan, bei denen Berichten zufolge mehr als 70 Menschen – darunter 23 Zivilisten – getötet und lebenswichtige Infrastruktur beschädigt wurden. Zwei Christen waren unter den mindestens 26 Menschen, die im November 2024 von einem [BLA-Selbstmordattentäter](#) am Bahnhof in Quetta, der Hauptstadt von Belutschistan, getötet wurden.

Wie der Barnabas Fund Christen in Pakistan hilft

Der Barnabas Fund verbessert das Leben von Christen in Pakistan durch lokale Partner in mehreren Projekten.

[Wir finanzieren christliche Schulen](#), die Hunderten von christlichen Kindern den Start ins Leben ermöglichen, den sie sonst nicht hätten. Christliche Kinder, die kostenlose staatliche Schulen besuchen, können aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden – sie werden von Gleichaltrigen und Lehrern gemobbt, bei Tests und Prüfungen schlechter bewertet und unter Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Jetzt erhalten viele eine umfassende Ausbildung, in der sie neben dem akademischen Lernen auch etwas über ihren christlichen Glauben lernen.

Wir haben auch [Krankenhäuser und Kliniken](#) finanziert, die armen christlichen Gemeinden dienen. Christen in verarmten ländlichen Gebieten werden außerdem durch unser Ernährungsprogramm unterstützt.

Im November 2024 [befreiten wir 100 Familien aus der Schuldknechtschaft](#) in pakistanischen Ziegeleien.

<https://www.barnabasaid.org/de/long-reads/living-for-christ-what-is-like-to-live-as-a-christian-in-pakistan/>

Philippinen: Politischer Machtkampf

Kardinal Advincula ruft zu Gebet und Mäßigung auf

Manila (Fides) - Ein beherzter Aufruf zum Gebet und zur Mäßigung in einer politischen und sozialen Phase, die von Spannungen geprägt ist, die zu einem „politischen Sturm“ auf den Philippinen führen könnten, kommt am heutigen, am 27. November, vom Erzbischof von Manila, Kardinal José Advincula, der dabei seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck bringt, dass die wachsenden politischen Spannungen die Aufmerksamkeit von den Bedürfnissen der Schwächsten, insbesondere der Opfer der jüngsten Taifune, ablenken.

Der Kardinal rief die Gläubigen dazu auf, für die führenden Politiker des Landes zu beten, „dass in unserem Land Mäßigung herrschen möge und dass politische Fragen und Eigeninteressen die Nation nicht spalten“. „Wir beten dafür“, so fuhr er fort, „dass die Politiker die Demut haben, einander mit Respekt zuzuhören und gemeinsam zum Wohl des Landes zu handeln“. In Anbetracht der Ereignisse, die jetzt an der Spitze des Landes und der Institutionen den Zusammenstoß zwischen den politischen Dynastien von Marcos und Duterte - bis gestern Verbündete - sehen, appelliert der Erzbischof von Manila auch an die Führer der Organisationen der Zivilgesellschaft, „sich dafür einzusetzen, dass die Eskalation der politischen und persönlichen Konflikte verhindert wird“. „Lasst uns alle um Vergebung und Versöhnung beten und niemals an Gottes Gnade und Liebe für sein Volk zweifeln“, fügte er hinzu.

In seinem Appell bezieht sich der Kardinal auf die Auseinandersetzung zwischen Präsident Ferdinand Marcos Jr. und der Vizepräsidentin Sara Duterte, die die politische Landschaft der Philippinen aufheizt und sich auf die Anhänger der beiden mächtigsten politischen Familien des Landes ausweitet. Der philippinische Kongress, der sich mehrheitlich aus Mitgliedern der Marcos-treuen Parteien zusammensetzt, hat offiziell eine Untersuchung wegen angeblicher Korruption im Zusammenhang mit den Ausgaben von Sara Duterte in ihrer Funktion als Vizepräsidentin und Bildungsministerin eingeleitet (das Ministeramt hatte sie im vergangenen Juni aufgegeben). Eine weitere Untersuchung befasst sich mit den Tausenden von Morden im Zusammenhang mit dem so genannten „Krieg gegen Drogen“ gegen Drogenhändler und -abhängige, der während der Präsidentschaft von Saras Vater, dem ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte, umgesetzt wurde. Die Eskalation erfolgte auch verbal: In gegenseitigen öffentlichen Anschuldigungen drohte die Vizepräsidentin Sara Duterte damit, Präsident Ferdinand Marcos Jr. töten zu lassen, „wenn sie selbst eliminiert wird“.

Beobachtern zufolge hat die Tochter des ehemaligen Präsidenten, die in der Bevölkerung große Unterstützung genießt, versucht, die politische Konfrontation im Hinblick auf die Mitte 2025 stattfindenden Zwischenwahlen zu verschärfen.

Unterdessen verzeichnet der Rektor des Heiligtums der Heiligen Maria, der Königin des Friedens, in der Epifanio de Los Santos Avenue (EDSA Shrine), Pater Jerome Secillano, in den letzten Tagen einen massiven und außergewöhnlichen Zustrom von Menschen zu dem bedeutenden Marienheiligtum. Das Heiligtum ist von besonderer historischer Bedeutung: Es wurde auf der Straße errichtet, auf der 1986 die gewaltlose Volksrevolution organisiert wurde, die den Diktator Ferdinand Marcos Sr., den Vater des derzeitigen Präsidenten, absetzte.

Die vielen Menschen, die das Heiligtum besuchten, hielten sich stundenlang im Heiligtum auf und nahm oft zweimal hintereinander an der Messe teil, einige trugen weiße Kleidung. Dem Rektor zufolge handelt es sich vermutlich nicht um „spontane Besuche“, sondern es gab eine gezielte Einladung, vor dem Heiligtum zu erscheinen, obwohl nicht klar ist, wer diese Initiative gefördert und organisiert hat. „Was auch immer diesen plötzlichen Anstieg der Besucherzahlen im Heiligtum verursacht hat“, so Pater Secillano, hoffe er, dass es mit ‚größter Schlichtheit, Klugheit und geistlicher Tiefe‘ getan wird. (PA) (Fides 27/11/2024)

Russland: Gebet für psychisch kranke Menschen

(Licht im Osten, A.K.) dankt dafür:

☒ dass sich ihm und seinen Mitarbeitern die Tür geöffnet hat, um Menschen in einer psychiatrischen Klinik dienen zu können und wie bisher auch weiterhin suchtkranken Personen.

„Menschen, die in einer Suchtklinik landen, haben oft keine Papiere. Sie wissen nicht, wo sie sie gelassen haben, vielleicht haben sie sie verloren. Sie sind in einem Zustand geistiger Verwahrlosung. Die Verwaltung weiß nicht, wohin mit ihnen nach der Behandlung, weil sie keinen Wohnsitz haben. Ihre Angehörigen wollen nichts mit ihnen zu tun haben. So werden wir um Hilfe gebeten. Wir gehen zum Einwohnermeldeamt und erklären die Situation. Dann suchen die Beamten in den Datenbanken nach Namen und Vornamen und finden sie. Und wir müssen die ganze Zeit über warten. Manchmal einen Monat, manchmal zwei. In der Zwischenzeit suchen wir einen Ort, wo wir die jeweilige Person unterbringen können.“

☒ Bitte beten Sie dafür, dass die betreuten psychisch kranken Menschen stabilisiert werden können und sich für das Heil in Christus öffnen und dass die Suchtkranken Befreiung durch Christus erfahren.

„Bald werden die fünf Bücher Mose in unserer Sprache gedruckt. Wir haben schon den Einband ausgesucht und freuen uns auf dieses Buch. Jetzt arbeiten wir an den Büchern der kleinen Propheten. Bitte beten Sie

☒ für diese Projekte.“

☒ dafür, dass die christlichen Kalender fürs kommende Jahr gut gelingen und viele Menschen zu Christus weisen werden.

Russland: Pastor einer Pfingstkirche und Buddhist wegen Äußerungen gegen den Krieg in Untersuchungshaft

AKREF-A/22.11.24 - Ein Pastor einer Pfingstkirche wurde als erster angeklagt, öffentlich zu Aktionen „gegen die Staatssicherheit“ aufgerufen zu haben, weil er sich aus religiösen Gründen gegen den Ukrainekrieg ausgesprochen hatte. Pastor Nikolay Romanyuk, Ältester der Pfingstgemeinde zur Heiligen Dreifaltigkeit in Balaschikha in der Region Moskau, hielt im September 2022 eine Predigt, in der er betonte, dass Gläubige „auf der Grundlage der Heiligen Schrift“ nicht in den Krieg ziehen und gegen die Ukraine kämpfen sollten.

Im Falle eines Schuldspruchs drohen ihm bis zu 6 Jahre Haft oder eine Geldstrafe von bis zu einer Million Rubel. Das sind sieben durchschnittliche Monatsgehälter in der Region Moskau.

Pastor Romanyuk wurde nach Razzien in seiner Wohnung und den Wohnungen mehrerer anderer Mitglieder der Kirche am frühen Morgen des 18. Oktober 2024 festgenommen. Zwei Tage später verhängte ein Gericht zwei Monate Untersuchungshaft. Er wird derzeit im Untersuchungsgefängnis Nr. 11 in Noginsk, 50 km östlich von Moskau, festgehalten.

Da die Predigt live gestreamt und danach auf den YouTube Kanal der Kirche hochgeladen wurde, laufen gegen Pastor Romanyuk Ermittlungen nach Artikel 280.4, Teil 2, Absatz V des Strafgesetzbuchs wegen „öffentlicher Aufrufe zur Durchführung von gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichteten Aktivitäten oder zur Behinderung der Ausübung ihrer Befugnisse zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation durch Behörden und Beamte unter Verwendung von Massenmedien oder elektronischen Medien, Informations- und Telekommunikationsnetzen einschließlich des Internet“.

Während Pastor Romanyuk als erster religiöser Leiter nach Artikel 280.4 des Strafgesetzbuchs angeklagt wurde, werden weiterhin russische Staatsangehörige, die sich aus religiösen Gründen gegen den Krieg ausgesprochen haben, nach Artikel 20.3.3 des Verwaltungsgesetzbuchs wegen „öffentlicher Aktionen mit dem Ziel der Deskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der Russischen Föderation“ angeklagt, oder auch nach Artikel 280.3 des Strafgesetzbuchs wegen „öffentlicher Aktionen mit dem Ziel der Deskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der Russischen Föderation zum Schutz der Interessen der Russischen Föderation und seiner Bürger und Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“, sowie auch Artikel 207.3 des Strafgesetzbuchs („Verbreitung falscher Informationen über die Streitkräfte“):

Ilya Vasilyev, Gründer und Leiter des Moskauer Zen-Zentrums, muss sich demnächst aufgrund einer Anklage nach Artikel 207.3, Teil 2, Absatz D des Strafgesetzbuchs wegen „Verbreitung bewusst falscher Informationen über die russischen Streitkräfte aus Gründen von Hass oder Feindschaft“ vor Gericht verantworten. Seine Strafverfolgung gründet sich auf einen auf Facebook geposteten Beitrag über russische Raketenangriffe auf ukrainische Städte. Er hat diesen und andere Beiträge, für die er bereits zuvor nach dem Verwaltungsstrafrecht verfolgt wurde, „ausschließlich aus religiöser Überzeugung“ gepostet, erklärte sein Anwalt gegenüber Forum 18. Im Falle eines Schuldspruchs drohen Vasilyev 5 bis 10 Jahre Haft oder eine Geldstrafe von 3 bis 5 Millionen Rubel.

Bei einer Anhörung vor Gericht am 19. November 2024, bei der die Haft um sechs Monate verlängert wurde, wies Vasilyev darauf hin, dass es schwierig sei, in der Haftanstalt buddhistische Rituale auszuführen. In einer Botschaft an seine Anhänger erklärte er dennoch, dass er weiterhin zweimal pro Woche meditiere.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 22. November 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Russland: Religionsfreiheit in Gefahr

Hauskirchen sollen verboten werden

IIRF-D/IBTS/Tübingen/22.11.2024 - Die russische Regierung plant, Hauskirchen zu verbieten. Ein neuer Gesetzesentwurf zielt darauf ab, religiöse Versammlungen außerhalb offiziell registrierter Kirchengebäude zu unterbinden. Dies stellt eine direkte Bedrohung für viele christliche Gemeinschaften dar, besonders für kleine Gemeinden und Freikirchen, die oft in privaten Räumen Gottesdienste feiern.

Beten wir:

- für Religionsfreiheit in Russland und den Schutz von Hauskirchen.
- für alle, die unter diesem neuen Gesetz zu leiden drohen, besonders für Gemeinden, die in privatem Rahmen zusammenkommen.
- für Mut und Weisheit für Christen in Russland, ihren Glauben in herausfordernden Zeiten zu leben.

Wer sich intensiver mit dem Thema Religionsfreiheit beschäftigen möchte bietet IBTS ein online Learning Network dazu. Mehr Infos hier: <https://www.ibts.eu/programmes/learning-network/freedom-of-religion-or-belief-theme>

Schweden: Evangelische Allianz kritisiert Einschränkungen der Religionsfreiheit

Evangelische Allianzen haben die Einschränkungen der Religionsfreiheit in Schweden bemängelt. Das Land benachteilige christliche Asylsuchende und medizinisches Personal, das aus religiöser Überzeugung keine Abtreibungen durchführt.

IIRF-D/ /Tübingen/22.11.24 - Mit einem Beitrag von Martin Schlorke berichtet das christliche Medienmagazin pro:

Europäische Evangelische Allianz (EEA), Schwedische Evangelische Allianz (SEA) und Weltweite Evangelische Allianz (WEA) bemängeln Missstände bei religiösen Freiheitsrechten in Schweden

Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA), die Europäische Evangelische Allianz (EEA) und die Schwedische Evangelische Allianz (SEA) haben am 11. Oktober einen gemeinsamen Bericht an den UN-Menschenrechtsrat eingereicht. Darin prangern sie Missstände im Umgang mit religiösen Freiheitsrechten und christlichen Asylbewerbern in Schweden an.

In dem Allianz-Bericht wird unter anderem ein „politisertes und willkürliches Verfahren“ bei Asylanträgen von christlichen Konvertiten kritisiert. Dazu führt der Bericht eine Studie der schwedischen Pfingstkirche an, die Asylfälle von 619 afghanischen Konvertiten untersucht hat, die zwischen 2015 und 2018 in Schweden Asyl beantragten. Laut der Studie wurden 70 Prozent der Anträge abgelehnt, da die Konversion als „nicht echt“ eingestuft wurde. WEA, EEA und SEA bemängeln, dass die Schwedische Migrationsbehörde (SMA) in den Verfahren oft unangemessene theologische Fragen stelle, die kaum Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit der Konversion zuließen.

512 Fälle religiös motivierter Gewalt

Das Schreiben von WEA, EEA und SEA verweist zudem auf eine Umfrage von Open Doors. Demnach dokumentierte die Organisation 512 Fälle religiös motivierter Gewalt in schwedischen Asylunterkünften. 53 Prozent der befragten christlichen Flüchtlinge hätten von körperlichen Angriffen berichtet, 45 Prozent von Morddrohungen und 6 Prozent von sexuellen Übergriffen. Der Bericht der Allianzen wurde als Beitrag zur allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (Universal Periodic Review – UPR) von Schweden durch den UN-Menschenrechtsrat verfasst, die für Mai 2025 angesetzt ist.

Die Allianzen bemängeln, dass Schweden bei christlichen Flüchtlingen internationale Standards für den Flüchtlingsschutz und die Religionsfreiheit nicht einhält und fordert eine Untersuchung der religiös motivierter Diskriminierung in schwedischen Asylunterkünften sowie die Verbesserung des Schutzes christlicher Konvertiten.

Gewissensfreiheit wird missachtet

Der neunseitige [Bericht](#) kritisiert auch die Einschränkung der Gewissensfreiheit von medizinischem Personal in Schweden. Dies gelte besonders für Hebammen im Zusammenhang mit Abtreibungen. Laut Bericht der Allianzen gehört Schweden zu den wenigen Ländern in Europa, die es medizinischem Personal und Hebammen nicht erlaubten, aus Gewissensgründen die Durchführung von Abtreibungen zu verweigern.

Das Schreiben von WEA, EEA und SEA an den UN-Menschenrechtsrat schildert den Fall von Ellinor Grimmark: Die Hebamme verlor ihre Anstellung, weil sie sich aus religiöser Überzeugung weigerte, Abtreibungen durchzuführen. Schweden ignoriere damit sowohl Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Gewissensfreiheit schützt, als auch Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die betonen, dass medizinische Einrichtungen die Gewissensfreiheit ihrer Mitarbeiter respektieren müssen.

Darüber hinaus kritisiert das Allianz-Schreiben noch das Verbot koscherer und halal-konformer Schlachtung in Schweden als Einschränkung der Religionsfreiheit. Auch würden in dem Land von der Politik regelmäßig strengere Vorschriften oder Verbote für konfessionelle Schulen erlassen. Die Allianzen verurteilen in ihrem Schreiben Gewalt und Zwang gegen LGBTQ-Personen, warnen jedoch auch vor geplanten Gesetzesvorhaben zum Verbot von Konversionstherapien.

Die geplanten Gesetze würden Gebete und seelsorgerische Gespräche pauschal verbieten, selbst wenn Menschen auf eigene Initiative Gespräche und Gebet im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Identität suchten. WEA, EEA und SEA sehen darin einen Verstoß gegen die verfassungsmäßig geschützte Religionsfreiheit.

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/evangelische-allianz-kritisiert-einschraenkungen-der-religionsfreiheit-in-schweden/>

Sudan: Flüchtlingsrat zur Lage

„Dramatischer als in der Ukraine, Gaza und Somalia zusammen“

(Von Israelnetz/ 27. November 2024) Der Norwegische Flüchtlingsrat bemängelt internationales Schweigen zur Lage im Sudan. Diese sei dramatischer als in der Ukraine, Gaza und Somalia zusammen, sagte Generalsekretär Jan Egeland der Deutschen Presse-Agentur. In einer [Mitteilung](#) schreibt das Hilfswerk, vor 20 Jahren hätten sich Staats- und Regierungschefs für ein Ende der Gräueltaten in Darfur eingesetzt. „Heute stehen viel mehr Menschenleben auf dem Spiel – es ist die schlimmste Krise der Welt – aber wir stoßen auf eine erdrückende Stille.“ Die Hungersnot in dem afrikanischen Land drohe eine Generation von Kindern zu verschlingen. (eh)

Türkei: Gemeinde soll historische Kirche räumen

Laut Behörden ist sie bei Erdbeben nicht sicher – Der Pastor vermutet etwas anderes

Bursa (IDEA) – In der nordwestlich gelegenen türkischen Stadt Bursa haben die Behörden die Räumung der historischen „Französischen Kirche“ angeordnet. Offizielle Begründung: Sie soll erdbebensicher gemacht werden. Gegen die Entscheidung wehrt sich die dortige protestantische Gemeinde nun vor Gericht. Das bestätigte der Vorsitzende der „Stiftung für das Leben und die Kultur der protestantischen Kirche von Bursa“, Pastor İsmail Kulakçioğlu, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Ende Juli hatte die Stiftung die Aufforderung erhalten, die historische Kirche bis zum 26. August zu räumen. Die Behörden begründeten dies u. a. damit, dass „der Grundwasserspiegel hoch ist, die Gefahr einer Verflüssigung des Bodens besteht, sie auf einer Verwerfungslinie liegt und Spannungen im Boden vorhanden sind“. Diese Angaben seien jedoch unzutreffend, so Kulakçioğlu, wie ein von der Stiftung beauftragtes Gutachten von Geologen ergeben habe. Mit dem Gutachten bat er die Verantwortlichen, den Räumungsbescheid aufzuheben. Dies blieb erfolglos. Daraufhin legte der Pastor vor Gericht Widerspruch ein. Als dieses den Fall ungesehen abwies, legte Kulakçioğlu Berufung ein: „Es ist bedauerlich, dass wir aufgefordert werden, das Gebäude zu räumen, ohne dass die notwendige Untersuchung des Gebäudes stattgefunden hat.“ Gegenüber IDEA kündigte er an, notfalls bis zum Obersten Gerichtshof zu gehen.

Was sind die Hintergründe?

Die Geschichte der „Französischen Kirche“ geht auf die Gründung einer Seidenfabrik in Bursa im Jahre 1835 zurück. Durch zugezogene Arbeiter aus Frankreich entstand eine katholische Gemeinde. 1880 bis 1881 wurde die Kirche erbaut. Das Gebäude wurde 1992 enteignet und an die Generaldirektion für Stiftungen des Staates übertragen. Seit der umfassenden Restaurierung zwischen 2002 und 2004 teilen sich etwa 200 Christen aus protestantischen, orthodoxen und katholischen Gemeinden das einzige traditionelle Kirchengebäude der Stadt für den Gottesdienst. Der Pastor vermutet hinter der Aufforderung, die Kirche zu räumen, den Versuch, die Gemeindeaktivitäten massiv zu schwächen oder gar zu zerstören. „Die Behörden sprechen zwar von einer Sicherung der Kirche gegen Erdbeben, haben jedoch nie gesagt, wie lange diese Maßnahme dauern würde“, so der Pfarrer. Für seine Gemeinde sei die Kirche aber der einzige Ort, an dem sie sich legal versammeln könne. Eine Alternative habe man den Christen nicht angeboten. In der Türkei dürfen sich christliche Gemeinden nur an Orten versammeln, die als religiöse Versammlungsstätten anerkannt sind. Etwa 99 Prozent der 86 Millionen Einwohner der Türkei bezeichnen sich als Muslime. Die Zahl der Christen liegt bei etwa 170.000.

Ukraine: Gebet um ausreichende Versorgung

(Licht im Osten-Sergej G., Kiew berichtet): „Die Gemeinde „Christi Design“ in Druzhkivka im Gebiet Donezk, 30 Kilometer von der Frontlinie entfernt, veranstaltete ... eine Kinderfreizeit. Dem Herrn sei Dank für alle Kinder, die dort Freude erleben durften und Gemeinschaft mit Betreuern hatten, die ihnen aus der Bibel vorlasen und von Gott erzählten. In einer Zeit des Krieges und der ständigen Gefahr ... ist die Gemeinde ein Ort der Hoffnung und des Trostes für die Menschen, auch für Kinder und Jugendliche. Nach der Freizeit wurde eine Jugendgruppe gegründet, die von Iwan Salfetnikow, dem Jugendpastor, betreut wird. ... In vielen Städten und Dörfern führen unsere Mitarbeiter Evangelisationen durch. Die Menschen kommen, um das Evangelium zu hören und Hilfe zu erhalten. Das geschieht im Osten der Ukraine in den Dörfern bei Balaklija, im Süden in Buyalyk und Liman, in Kiew und Odessa, in Nadvirna im Gebiet Iwano-Frankiwsk ... In Zeiten des Krieges nimmt die Gemeinde einen besonderen Platz in der Gesellschaft ein, indem sie den Menschen Hoffnung gibt, sie zu Gott ruft und die Armen und Kranken aufnimmt. Gott gibt uns die einmalige Chance, das Evangelium zu verkünden und neue Gemeinden zu gründen.“ **Bitte beten Sie**

Ø für die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die in Frontnähe leben, aber auch für diejenigen, die in Richtung Westen des Landes geflüchtet sind, dass sie Zuflucht nehmen zu Gott und Geborgenheit bei ihm erfahren.

Ø um Bewahrung für die Gemeinden in Frontnähe.

Ø für die Mitarbeiter von LICHT IM OSTEN um Gottes Schutz bei all ihren Fahrten zu solchen Einsatzorten.

„Eine wichtige Frage für alle ist, ob und wann es notwendig für die Menschen nahe der Front sein wird, in Richtung Westen zu fliehen. Konstantinowka liegt der Front am nächsten. Nur 12 Kilometer weiter sind die Russen stationiert. Die Sirenen heulen den ganzen Tag über, ständig sind Explosionen zu hören. Aber die Menschen haben sich daran gewöhnt und wollen nicht weg. Wir haben schon einen Platz für einige Familien

vorbereitet, wohin wir sie evakuieren können. Und wir haben beschlossen, zu beten und abzuwarten. Wenn sich die Situation verschlimmert, muss die Evakuierung schnell gehen. Dann werden wir Minibusse schicken, um sie schnell von dort wegzubringen. Es gibt bereits kaum noch Jugendliche und Kinder in der Stadt. Alle wurden auf Anordnung der Behörden evakuiert. Aber einige Leute haben ihre Kinder nicht gehen lassen und halten sie zu Hause versteckt, damit sie nicht auf die Straße gehen.“

Ø Bitte beten Sie um Weisheit für die Bewohner dieser Gebiete, dass sie ihre Kinder und sich selbst nicht unnötig der Gefahr aussetzen und ihre Familien rechtzeitig evakuieren lassen.

„Wir haben 1 ½ Tonnen Kartoffeln für Gläubige und Gemeindefremde dorthin gebracht. Darum hatte uns der Pastor einer Gemeinde gebeten, obwohl die Front immer näher rückt. Der Winter steht vor der Tür und die Geschäfte könnten schließen, sobald die Front näher-kommt. Da ist ein Sack Kartoffeln im Keller eine Überlebenschance.“

Ø Bitte beten Sie um ausreichende Versorgung der Menschen in diesen Gebieten.

Vereinigte Arabische Emirate: Mord an Rabbiner

Drei Verdächtige festgenommen

(Von Israelnetz/25. November 2024) AL-AIN (eh) – Ein Rabbiner der orthodoxen Organisation Chabad ist in den Vereinigten Arabischen Emiraten entführt und ermordet worden. Die Behörden in dem Golfstaat nahmen drei Verdächtige fest, wie das Innenministerium am Sonntag mitteilte. Der 28-jährige Rabbi Zvi Kogan besaß die moldauische und die israelische Staatsbürgerschaft. Er war am Donnerstag in Dubai verschwunden. Dort betrieb er einen koscheren Lebensmittelladen. Am Sonntag wurde seine Leiche in Al-Ain nahe der Grenze zum Oman entdeckt, 150 Kilometer von Abu Dhabi entfernt.

Nach Angaben des emiratischen Innenministeriums hatten die Täter Kogan beobachtet und ihn in ihrem Fahrzeug nach Al-Ain gebracht. Dort hätten sie ihn ermordet. In dem Wagen fanden sich demnach Spuren von Gewalt und Blut. Über den Stand der Ermittlung verhängten die Behörden eine Nachrichtensperre. Sie arbeiten mit dem israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad zusammen. In die Emirate eingereist war Kogan mit seinem moldauischen Pass.

Iran weist Beschuldigungen zurück

Der Ort der Festnahme und die Identität der Verdächtigen wurde nicht bekanntgegeben. Einem Bericht der israelischen Zeitung „Yediot Aharonot“ zufolge handelt es sich um usbekische Söldner, die der Iran angeworben habe. Sie seien nach dem Mord in die Türkei geflohen. Die Botschaft des Iran in Abu Dhabi wies dies am Sonntag gegenüber der Nachrichtenagentur „Reuters“ zurück: Es gebe keine iranische Verwicklung „in die Ermordung dieser Einzelperson“.

Netanjahu: „Antisemitischer Terror“

Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) verurteilte den Mord als „abscheulichen Akt von antisemitischem Terror“. Er fügte hinzu: „Wir schätzen die Zusammenarbeit der VAE in diesen Ermittlungen und werden unsere Beziehungen angesichts dieser Versuche, Frieden zu unterminieren, stärken.“

Staatspräsident Jizchak Herzog bekundete Solidarität mit der Chabad-Bewegung. Der Überfall sei eine „starke Erinnerung an das Böse, dem das jüdische Volk ausgesetzt ist“. Das Weiße Haus in Washington sprach von einem „furchtbaren Verbrechen gegen alle, die für Frieden, Toleranz und Koexistenz stehen“.

Chabad unterstützt in den Vereinigten Arabischen Emiraten jüdische Besucher und Bewohner bei ihren Bemühungen, das Judentum zu leben. Zum Programm der Organisation gehört auch das koschere Lebensmittelgeschäft „Rimon-Markt“, das Kogan führte. Juden in dem Golfstaat haben Religionsfreiheit. Infolge der Normalisierung der Beziehungen mit Israel 2020 begannen auch Hotels, koscheres Essen anzubieten.

Onkel der Ehefrau starb bei Anschlag in Indien

Kogan hinterlässt seine Ehefrau Rivky, die er 2022 heiratete. Sie ist eine Nichte von Rabbi Gavriel Holtzberg, der 2008 mit seiner Ehefrau bei einem [Terroranschlag](#) in Indien getötet wurde. Er leitete das Chabad-Haus in der Stadt Mumbai.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]